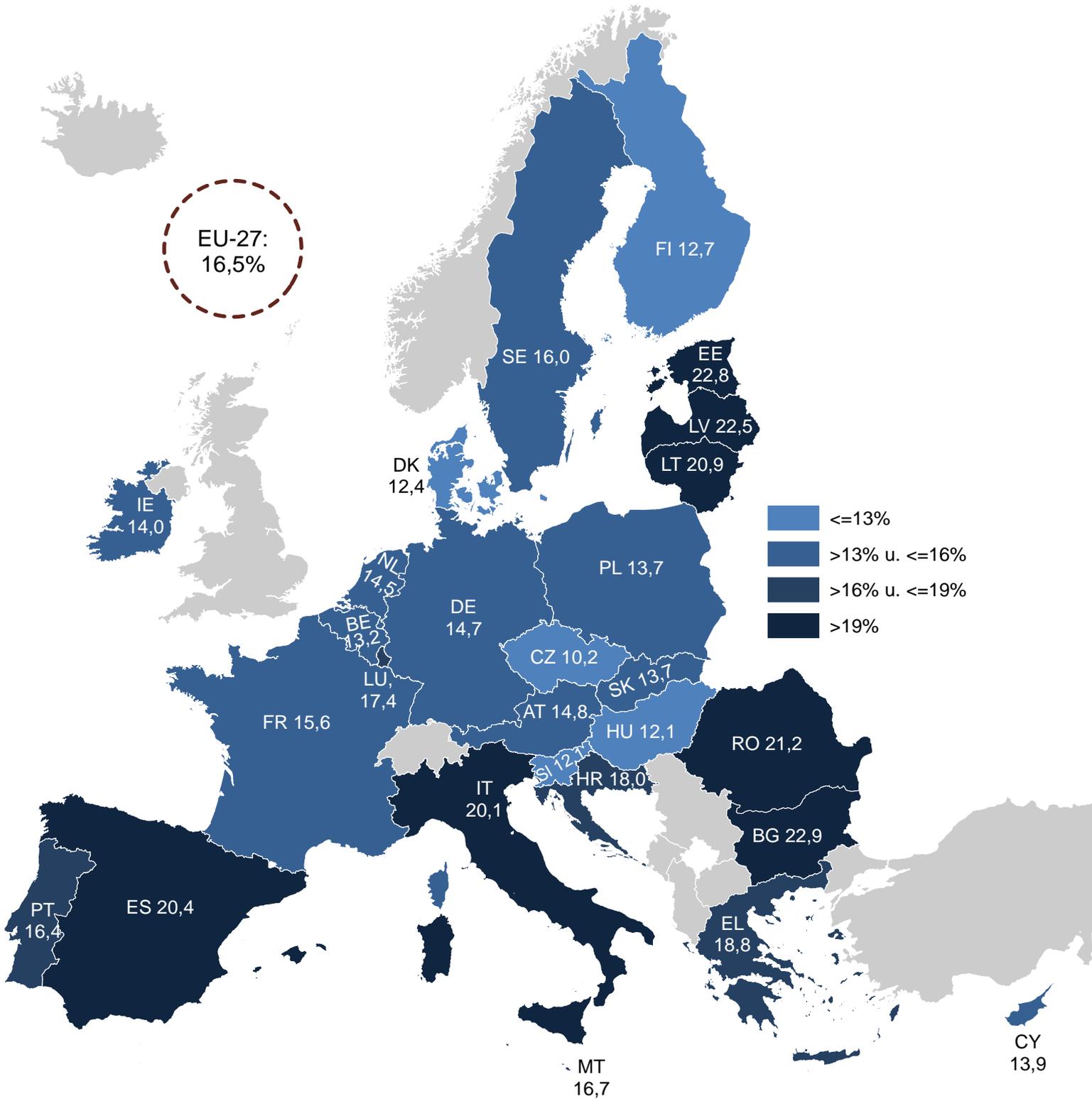


■ **Armutsgefährdungsquoten¹ in der EU-27 2022**
 Anteil der von Armut bedrohten Personen in %



¹Armutsgefährdungsgrenze: 60% des medianen Äquivalenzeinkommens

Quelle: Eurostat (2023): Armutsgefährdungsquoten, EU-SILC
 © EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen - NUTS 2016

Armutsgefährdungsquoten in der EU-27 2022

In den EU-27 Ländern sind im Durchschnitt 16,5 % der Menschen armutsgefährdet – etwa 72,7 Mio. Personen (vgl. [Abbildung X.10](#)). Allerdings unterscheidet sich die Armutsbetroffenheit der Menschen sehr nach Herkunftsland. Die niedrigste Quote weist Tschechien (10,2 %) auf, aber auch Ungarn und Slowenien (je 12,1 %), Dänemark (12,4 %) und Finnland (12,7 %) weisen im europäischen Vergleich geringe Quoten auf. Deutschland befindet sich mit 14,7 % im Mittelfeld, wenn auch unter dem EU-27-Durchschnitt. Die höchsten Armutsgefährdungsquoten finden sich im Süden und Osten der EU-27-Länder mit Italien und Spanien (ca. 20 %), Litauen und Rumänien (ca. 21 %) sowie Lettland, Estland und Bulgarien (je ca. 23 %).

Hintergrund

Die Bekämpfung von Armut zählt zu einem der wichtigsten sozialpolitischen Ziele der Europäischen Union. Trotzdem leben in der EU viele Menschen unter Einkommensbedingungen, die mit einem Armutsrisiko verbunden sind. Dabei hat sich die Armutsgefährdungsquote sehr unterschiedlich entwickelt: in Dänemark blieb sie in den letzten 10 Jahren vergleichsweise stabil, wohingegen Länder wie Griechenland und Lettland deutliche Schwankungen aufweisen (vgl. [Abbildung X.10](#)).

Eine Armutsgefährdung liegt vor, wenn das für jedes Haushaltsmitglied verfügbare Haushaltseinkommen nicht ausreicht, um die Güter und Dienstleistungen zu erwerben, die zur Abdeckung des jeweiligen nationalen sozialkulturellen Existenzminimums erforderlich sind. Die Armutsgefährdungsschwelle ist auf 60 % des nationalen medianen verfügbaren Äquivalenzeinkommens festgesetzt.

Die nationalen Schwellenwerte für die Armutsgefährdung fallen dabei sehr unterschiedlich aus. Während der Schwellenwert für eine alleinstehende Person in Deutschland 2022 bei 15.000 € im Jahr liegt, liegt er in Dänemark mit 19.956 € noch mal deutlich höher. In Griechenland gilt eine Person bereits ab einem Betrag von unter 5.712 € im Jahr als armutsgefährdend und in Bulgarien ab einem Betrag von unter 3.227 €. In diesem Zusammenhang spricht man deshalb von einer relativen Armut.

Unterschiedliche Gruppen der Gesellschaft sind in unterschiedlichem Maße von Armut bedroht. Bei kaum einem Unterscheidungsmerkmal ist der Einfluss auf das Ausmaß der Armutsgefährdung größer als beim beruflichen Status. Im Jahr 2022 war die Armutsgefährdungsquote der Erwerbslosen in der EU mit 46,2 % fast dreimal so hoch wie die der Gesamtbevölkerung mit 15,6 % (vgl. [Abbildung X.9](#)).

Des Weiteren ergibt sich in der Betrachtung verschiedener Haushaltstypen in der EU-27 im Jahr 2022 ein besonders hohes Armutsrisiko bei alleinlebenden (26,1 %) und alleinerziehenden (31,8 %) Personen. Zusätzlich hängt das Armutsrisiko in hohem Maß mit dem erworbenen Bildungsgrad, dem Alter und dem Geschlecht zusammen. So liegt bspw. auch das Risiko über 65-Jähriger mit 17,3 % leicht über dem EU-Mittelwert für die Gesamtbevölkerung von 16,5 %, wobei die Unterschiede je nach Mitgliedsland sehr stark voneinander abweichen (vgl. [Abbildung X.28](#)).

Wird die Umverteilungswirkung von Sozialleistungen nicht berücksichtigt (ausgenommen die Alterssicherung), erhöht sich die Armutsgefährdungsquote in den EU-Ländern zum Teil erheblich. Dabei wird das Armutsrisiko durch die Sozialleistungen in den einzelnen Ländern unterschiedlich stark gemindert. Ohne Sozialleistungen war im Jahr 2022 das Armutsrisiko in Irland (32,1 %), Bulgarien (30,3 %), Lettland (30,0 %) und Spanien (28,1 %) am höchsten (vgl. [Abbildung X.11](#)).

Methodische Hinweise

Die Daten beruhen auf den Ergebnissen des EU-SILC (EU Statistics on Income and Living Conditions) vom Statistischen Amt der Europäischen Kommission (Eurostat). Der EU-SILC ist eine sich jährlich wiederholende Erhebung in allen EU-Ländern und dient als Bezugsquelle für vergleichende Statistiken über Einkommensverteilung und soziale Eingliederung in der Europäischen Union. In Deutschland wurde die Erhebung bis 2019 als eigene Erhebung umgesetzt und war mit etwa 14.000 befragten Haushalten je Jahr repräsentativ. Seitdem ist die Erhebung in den Mikrozensus integriert, wodurch mit rund 40.000 Haushalten noch einmal eine breitere Datenbasis erreicht wird. Grundlage der Berechnung ist ein differenziertes Einkommenskonzept mit Bezug zum Vorjahreseinkommen.

Die Armutsgefährdungsquote gibt an, wie hoch der Anteil der armutsgefährdeten Personen an einer Gesamtgruppe ist. Als armutsgefährdet gelten Personen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens beträgt. Dabei berücksichtigt die Einkommensberechnung sowohl die unterschiedlichen Haushaltsstrukturen als auch die Einspareffekte, die durch das Zusammenleben – durch gemeinsam genutzten Wohnraum, beim Energieverbrauch pro Kopf oder bei Haushaltsanschaffungen – entstehen. Die Einkommen werden also gewichtet.

Das verfügbare Haushaltseinkommen ist die Summe der gesamten Einkommen aller Haushaltsmitglieder aus allen Quellen (einschließlich Einkünften aus Erwerbstätigkeit, Anlagen und Sozialleistungen), wobei Einkommen auf Haushaltsebene hinzugerechnet, Steuern und Sozialbeiträge hingegen abgezogen werden. Um den unterschiedlichen Haushaltsgrößen und Zusammensetzungen Rechnung zu tragen, wird der Gesamtbeitrag anhand einer Standard(äquivalenz)skala durch die Zahl der „Erwachsenenäquivalente“ dividiert. Bei dieser „modifizierten OECD-Äquivalenzskala“, werden der erste im Haushalt lebende Erwachsene mit 1,0, alle weiteren Haushaltsmitglieder im Alter von 14 Jahren und darüber mit 0,5 sowie Haushaltsmitglieder unter 14 Jahren mit 0,3 gewichtet. Das so ermittelte Äquivalenzeinkommen wird den einzelnen Haushaltsmitgliedern zugeordnet. Für die Erstellung der Armutsindikatoren wird das verfügbare Äquivalenzeinkommen berechnet, indem das gesamte verfügbare

Haushaltseinkommen durch die Haushaltsäquivalenzgröße geteilt wird. Folglich ergibt sich für jede in dem Haushalt lebende Person dasselbe Äquivalenzeinkommen.

Die Höhe der Armutsrisikoquoten hängt u.a. auch von der Datenbasis ab. Auswertung mit dem Mikrozensus-Kern führen zu anderen Ergebnissen, da dort die Grundlage das monatliche Haushaltsnettoeinkommen bildet, wobei dieses als klassierte und pauschale Selbsteinstufung erfasst wird. Das Statistische Bundesamt weist für das Jahr 2022 eine (vorläufige) Armutsquote der Arbeitslosen von 49,2 % aus (vgl. [Abbildung III.72](#)).

In der Karte fehlen einige Länder, wie zum Beispiel Großbritannien und die Schweiz, da in dieser Karte nur die aktuellen Mitgliedsstaaten der EU-27 dargestellt sind. Länder des EFTA (European Free Trade Association) und Beitrittskandidaten der EU werden nicht ausgewiesen.